

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Druckerei: Riesner, Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1880, Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 294.

Sonntag, 18. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebandes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftseite (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Weghler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg, oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gutschkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Sturz der Regierung beschlossen.

Annahme des Mißtrauensvotums im Reichstag. — Das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt. — Der Reichstag bis zum 19. Januar vertagt.

### Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, Freitag, 17. Dezember 1926.

Im Regierungssaal: Dr. Müller. Präsident Wöde eröffnet die Sitzung um 19 Uhr. Die Tagesordnung enthält: 1. Die Zulassung des Beschlusses über die Schiffsfahrtsverträge mit Italien werden ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. 2. Ebenfalls ohne Aussprache angenommen wird der Gesetzentwurf zur Regelung der Sozialversicherung und der Erwerbslosenfürsorge der bei den Reparationsarbeiten im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer.

### Die dritte Lesung des Mißtrauensvotums

wird darauf fortgesetzt. Verbunden damit sind die

### Mißtrauensvoten der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abg. Dr. Haas (Dem.)

bedauert die Haltung der Sozialdemokratie. Sie rufe ihm einen überreichen Scherz in Erinnerung. In einem überreichen Dorf feierte ein Gemeinderat seinen 70. Geburtstag. Da er eine politisch stark umtriebige Persönlichkeit war, konnte man sich im Gemeinderat über eine Ehrung nicht einig werden. Schließlich kam man zu einem Kompromiß und sandte folgendes Glückwunschschreiben: „An Ihrem Ehrenjubiläum denken wir des tapferen Patrioten und wünschen ihm viele weitere Jahre des Wohlbefindens. Gleichzeitlich sprechen wir die bestimmte Erwartung aus, daß Sie endlich Ihre landesverräterische Tätigkeit einstellen!“ (Große Heiterkeit.) Die Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion ist eine politische Unmöglichkeit. So kann man nicht arbeiten. Man soll eine Regierung erst dann stürzen, wenn man sich völlig klar darüber ist, wie die nächste aussehen soll. Wir kommen sonst allmählich dazu, daß die nächste Regierung immer noch schwächer ist als die vorhergehende. Man soll nicht immerfort Resolutionen fassen, sondern praktisch handeln. Was die Reichswehr betrifft, so sollte man nicht dauernd in der Vergangenheit zwecklos herumwühlen, sondern für die Zukunft Besserung beschaffen. Viele Ausführungen Scheidemanns waren schmerzhaft und peinlich. Warum mußte man auf die Verhältnisse von 1920 und 1921 zurückgreifen. Wir sind nicht dazu da, um hier geschichtliche Vorlesungen anzuhören, sondern um gegenwarts- und zukunftspolitisch zu treiben. Alles was damals geschehen ist, wird gebührend durch die Namen Ebert, Wirth und Rathenau. (Hört, hört!) Jetzt wird Har, daß man Männern wie Rathenau damals schweres Unrecht getan hat. Es war ein bitteres Unrecht, die deutsche Jugend damals so aufzureizen, daß dieser wertvolle Mensch befristet wurde. Die einen hielten damals lärmende Reden und machten lärmende Demonstrationen, die national verwerflich waren. Andere schwiegen und haben national gehandelt. (Beifall in der Mitte.) Die Reichswehr muß alle Beziehungen zu politischen Verbänden abbrechen. Als Politiker wäre es mir am liebsten, wenn es keinen „Stahlhelm“ und keinen „Beruf“ und auch kein Reichsbanner gäbe. Auch durch das Reichsbanner dürfe die Reichswehr nicht politisiert werden. Wir wollen ein Heer, das nicht schon durch die Art des Erbes einseitig auf den monarchistischen Gedanken eingestellt ist. Bayern sollte doch recht vorsichtig sein. Selbst Deutscher hat das nicht erlebt, was die Reichswehr mit den bairischen Divisionen erlebt hat. Ebert, Wirth und Haas wollten nicht, wie der bairische Ministerpräsident behauptete, die Reichswehr zu einem Instrument der Sozialdemokratie machen, sondern zu einem zuverlässigen Instrument der deutschen Republik. Auf die Dauer könne keine Armee bestehen, die innerlich die verfassungsmäßige Staatsform ablehnt. Die Reichswehr müsse zur Achtung vor dem Staate erzogen werden. Sie müsse sich innerlich auf die Republik einstellen. Der Redner schloß mit der Erklärung, eine Regierung zu stürzen, kann vaterländische Pflicht sein, aber eine Regierung zu stürzen, ohne zu wissen, was nachher kommt, sei ein gefährliches Spiel.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

heißt fest, daß die Rede Scheidemanns scharfe Kritik erfahren habe. Dadurch werde der Inhalt dieser Ausführungen aber nicht widerlegt, besonders nicht dadurch, daß die Rede im „Landesverrat“ steht. Wir sind bereit, uns mit den Deutschnationalen vor den Wählern über den schweren Vorwurf des Landesverrats auseinanderzusetzen. Dr. Wirth hat darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1922 und 1923 das Schicksal des Vaterlandes an einem feindlichen Boden hing. Wenn damals unsere Freunde an Rhein und Ruhr, an der Saar und im Osten nicht zum Reiche gedankt hätten, würde es heute nicht mehr bestehen. (Beifall.) Scheidemann hat unsere Bestürzung vorgetragen, weil eine Klärung in der Reichswehr sofort erfolgen muß, und weil wir annehmen, daß alle Parteien bereit waren, sich mit uns darüber zu einigen. Dr. Scholz hatte erklärt, ein Zusammengehen in der Arbeitsfrage mit den Sozialdemokraten sei unmöglich, die Angriffe auf die Reichswehr seien unvertretbar. Das war der Anlaß zu unserem Vorgehen. (Hört, hört!) Nur der kleine Teil des dem Reichskanzler übermittelten Materials ist von Scheidemann vorgetragen worden. Der Reichskanzler hat erklärt, ein Teil habe sich als

unrichtig erwiesen. Der Beweis für diese Behauptung ist noch nicht erbracht. Unsere Behauptungen über Ruhland halten wir aufrecht. Außenpolitisch konnte Scheidemanns Red nur nützen, denn sie zeigt, daß wir mit unerträglichen Zuständen endlich radikal Schluss machen wollen. (Beifall der Soz.) Das liegt gewiß im Sinne der Politik Stresemanns. Der Grenzschutz für Oberschlesien war notwendig, aber er ist sehr bald danach zu einer Gefahr für die friedliche Bevölkerung geworden. Erklärungen der Regierung, daß Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzverbänden verboten sind, genügen uns nicht, wir verlangen als Sofortprogramm, daß diese Verbote endlich durchgeführt werden. Zu Gefahr haben wir in dieser Beziehung kein Vertrauen mehr. Auch die Erklärung, daß Weidpanden an die Reichswehr der Genehmigung des Ministers bedürfen sollen, genügt uns nicht. Die Reichswehr hat gar keine Weidpanden anzunehmen. (Zustimmung bei den Soz.) Wie Weidpanden wir sind, ergibt sich daraus, daß wir Kontrolle des Heeresstabes nur durch Zivilpersonen unter Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden verlangen. Verbindung der Reichswehr mit dem Reichsbanner hat Ebert niemals gefordert. Wenn die Reichswehr als zuverlässiges Instrument gegen Angriffe auf den Staat sein soll, muß sie auch die Hoheitszeichen des Reiches annehmen. Ich glaube nicht an einen neuen Weltkrieg. Man kann allerdings darüber verächtlicher Meinung sein. Zum Kriegsführen wird die Reichswehr aber niemals etwas taugen. Sie ist im besten Falle eine Ergänzung der Polizei. Der Redner begründet dann das Verlangen seiner Fraktion, daß die Regierung zurücktrete. Wöchentlich habe der Reichskanzler mit den Sozialdemokraten verhandelt, bis Dr. Scholz ihn desavouiert habe. Deshalb hätten die Sozialdemokraten kein Vertrauen mehr und glaubten, die personellen und sachlichen Garantien für eine Neubildung der Regierung durch den Austritt der bisherigen Schaffung zu müssen.

Abg. Hädel (Komm.)

vermischt jeden Beweis für die sozialdemokratischen Behauptungen über Ruhland. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages.

Abg. Graf Rentlow (DfP.)

beipflichtet die Genser Ergebnisse. Der Mißerfolg von Thoirn solle dadurch verdeckt werden, daß man die Frage der Mißtrauenskontrolle als ganz außerordentlich wichtig hinstelle. Stresemann sei von Mißerfolg zu Mißerfolg geeilt.

Abg. Dr. Scholz (DfP.)

weist den Vorwurf der Inkonsequenz gegenüber den anderen Koalitionsparteien zurück. Die Deutsche Volkspartei sei auf Grund der interfraktionellen Besprechungen weder nach links noch nach rechts gebunden gewesen. Wenn er, so erklärt der Redner, in Anbetracht vor seinen Wählern seiner Stillsitzens bezüglich der Großen Koalition Ausdruck gegeben habe, so sei das sein gutes Recht, daß er sich von niemandem im Reichstage bestreiten lasse. Im übrigen sei die Rede Scheidemanns ein Beweis dafür, daß er mit seiner Prophezeiung recht gehabt habe.

Abg. Dr. Schwarz-Berlin (Linker Komm.)

ergeht sich in heftigen Angriffen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Jede bürgerliche Regierung müsse gestürzt werden. Die kommunistische Parteizentrale habe eine heimliche Koalition mit der Enno-Regierung geschlossen. Die Arbeiter und Kleinrentner, um deren Gunst jetzt Höllein buhlt, werden erkannt darüber sein, daß sie so verraten wurden. (Unter großer Heiterkeit liest Abg. Höllein mit wutverzerrtem Gesicht nach vorn zu Rednertribüne und ruft dem Redner zu: Dicks Schwwein!)

Abg. Schölem (Linker Komm.)

gibt unter allgemeiner Heiterkeit die Erklärung ab, daß die anderen Mitglieder der kommunistischen Opposition die Ausführungen des Vorredners ablehnen.

Abg. Erkelenz (Dem.)

stellt gegenüber dem Abg. Dr. Scholz fest, daß die Abrede des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten vom Zentrum und den Demokraten gebilligt würde, daß allerdings Dr. Scholz Widerspruch erhoben habe. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die

### Beratung der einzelnen Haushalte.

Beim auswärtigen Amt soll auch die Angelegenheit der D. A. J. besprochen werden.

Abg. Stöcker (Komm.) stellt fest, daß zuerst ein großes Geschrei wegen der D. A. J. erhoben wurde, daß dann ein leises Säuseln im Ausschuss folgte, und daß anscheinend jetzt Totenstille im Plenum herrsche. Es handele sich hier um einen politischen Vertrag allererster Ordnung. Stresemann gehöre deshalb vor den Gerichtshof. Der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken habe schon vor einem halben Jahre von der D. A. J.-Angelegenheit gewußt. (Hört, hört! Hört, h. d. Komm.) Beim Reichsministerium des Innern beantragt Abg. Winkler (Soz.), auch im Namen der Mittelparteien, für Beamtenverordnungsheime nicht 100 000 Mark, sondern nur 70 000 Mark zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen. Die Regierungsparteien beantragen, die in der zweiten Sitzung auf 48 Millionen erhöhte Summe für das Sofort-

programm zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Millionen herabzusetzen.

Reichsfinanzminister Dr. Heinhold bittet, dem Antrage stattzugeben, da es der Regierung sonst nicht möglich sei, den finanziellen Anforderungen nachzukommen. Die Sorge für das Gesamtwohl erfordere eine sparsame Ausgabenwirtschaft.

Der Antrag wird darauf mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen.

Beim Ministerium für die besetzten Gebiete wird eine Entschädigung des Abg. v. Guérard (Fr.) angenommen, die eine ähnliche Unterstützung wie für die Ostgebiete auch für die besetzten oder besetzt gemachten Gebiete des Westens verlangt. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung wird eine Herabsetzung des Härtefonds für Rotopferabfindungen mit 240 gegen 156 Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Mehrausgabe soll durch Erhöhung der Einnahmen gedeckt werden.

Der Nachtragshaushalt wird dann in der Gesamtabstimmung gegen die Kommunisten angenommen.

Angenommen wird eine Entschädigung, wonach die Wehrmachtsoffiziere der Beamten in entsprechender Weise auch den Reichsarbeitern gewährt werden sollen.

Unter allgemeiner Spannung wird dann zur

### Abstimmung über die Mißtrauensvoten

geschritten.

Vorher weiß noch Abg. Graf Becking (Dn.) die Verächtlichung der Reichswehr und den Versuch ihrer Politisierung mit Entrüstung und Entschiedenheit zurück. Er erklärt, daß die Deutschnationalen gegen das Mißtrauensvotum, das sich gegen Gehler richtet, stimmen werden. Bei dem allgemeinen Mißtrauensvotum handele es sich um etwas anderes. Die letzte Zeit habe klar den Beweis gebracht, daß eine Regierung der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen sucht, nicht möglich ist. Der Versuch, die fehlende Stütze durch einseitige Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu finden, sei endgültig gescheitert. Im Interesse des Landes sei es aus außen- und innenpolitischen Gründen unbedingt erforderlich, daß endlich eine stabile Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen geschaffen wird. Aus den Besprechungen, so erklärt der Redner, haben wir nicht die Gewähr entnehmen können, daß der dazu erforderliche Entschluß nunmehr von der Regierung gefaßt werden wird. Es handelt sich daher jetzt um die Durchführung der notwendigen Klarheit, nicht um eine Stellungnahme zu der Regierungspolitik der Vergangenheit und der Zukunft. Die Deutschnationale Fraktion werde daher den gegen das Gesamtkabinett gerichteten Mißtrauensvoten zustimmen.

Zuerst wird über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett abgestimmt. Dagegen stimmt mit den Regierungsparteien nur die Wirtschaftliche Vereinigung.

Das Mißtrauensvotum wurde mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen. Die weiteren Mißtrauensanträge sind damit erledigt.

Die Minister verlassen darauf den Sitzungssaal. Der Antrag der bairischen Volkspartei, der sich gegen die Erhöhung der Biersteuer richtet, wird von der Tagesordnung abgesetzt. Die Schulentwürfe der Deutschen Volkspartei werden dem Bildungsausschuss überwiesen. Die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaus wird angenommen, ebenso Anträge zur Änderung der Strafprozedur.

Der Reichstag vertagt sich dann bis zum 19. Januar. Der Präsident entläßt das Haus mit beiden Reichstagswünschen. Schluß 1/8 Uhr.

### Das geschäftsführende Kabinett Marz.

Abg. Berlin. Sofort nach der Reichstagsauflösung trat das Kabinett zusammen und beschloß, dem Reichspräsidenten seine Demission zu übergeben. Der Reichspräsident nahm das Rücktrittsgesuch an und beauftragte das Kabinett, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen. Zugleich sprach der Reichspräsident dem Reichskanzler und den übrigen Kabinettsmitgliedern den Dank für die geleisteten Dienste aus.

### Erste Pariser Stimmen zum Sturz der Reichsregierung.

\* Paris. Die nationalistische Liberté schreibt zum Sturz der Reichsregierung, ledermann wisse, daß in Deutschland eine Rückkehr der Sozialdemokratie zur Macht unbedingt den Wiederaufbau des Reiches erschweren würde, da man so wie dies für Frankreich im Falle der Rückkehr Derris und Blums der Fall wäre. In hiesigen ausländischen Kreisen gibt man zu verstehen, daß man den Eindruck habe, die Regierungskrise wäre im gewissen Sinne von Stresemann gewollt. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß ein anderer als Stresemann den Posten des Außenministers im neuen Kabinett übernehmen wird.